

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Nationales Nachrichten- und Anzeigenblatt für die Oberamtsbezirke Nagold, Calw, Freudenstadt und Neuenbürg

Bezugsp.: Monatl. d. Post 1.20 einchl. 18 3 Beförd.-Geb., zug. 36 3 Zustellungsgeb.; d. Hg. 1.40 einchl. 20 3 Austrägersgeb.; Einzeln. 10 3. Bei Nichterschienen der Zeit. inf. höh. Gewalt od. Betriebsstör. besteht kein Anspruch auf Lieferung. Drahtanschrift: Tannenblatt. / Fernruf 321.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 5 Pfennig, Text- millimeterzeile 15 Pfennig. Bei Wiederholung oder Mengenabsluß Nachlaß nach Preisliste. Erfüllungsort: Altensteig. Gerichtsstand: Nagold.

Nummer 290

Altensteig, Donnerstag, den 12. Dezember 1935

58. Jahrgang

Wir wollen die deutsche Volkfamilie!

Zur Konstituierung des Ehrenführerrings
der Kinderreichen im NSD.

NSD. Der Liberalismus war es, der uns die Massenerziehung des Geburtenrückgangs und damit die Kinderreichenfrage beibrachte. Er hat 1789 in Frankreich Boden gefaßt — und seit 1790 datiert der französische Geburtenrückgang! — Genau wie die Geburtenziffer in Deutschland im gleichen Schritt mit der Verbreitung des Liberalismus sank, mit der Novemberrevolte ihren Bruchpunkt hatte und nach der Nachkriegszeit nach oben auslag — ein verlässiger Gradmesser der Gesinnung! Nicht der Wirtschaftslage, denn in der Abkehr vom Kinde sind in der Zeit wirtschaftlicher Hochblüte die bemittelten Kreise vorangegangen.

Der 1. ist also, der die Kinderreichenfrage als eine Füllorgangelegenheit ansieht, weil er glaubt, es ginge nur um die Haushaltsorgen der bestehenden kinderreichen Familien.

Der 2. ist noch mehr, der vielleicht meint, nur mit Geldzulagen den Willen zum Kinde wieder hochzutreiben. Und der 3. ist der, der etwa gar es für besser hielt, auf eine Verringerung der Volksdichte abzustellen, aus Furcht vor jener „Uebervölkerung“, die uns äußere und innere Feinde an die Wand gemalt haben, um den Lebenswillen des Volkes zu erlöten und das unbehagliche Deutschland im kalten Verfall aus der Geschichte auszuwischen.

Noch ist diese Gefahr nicht beseitigt, noch bedarf es steigender Einsicht, daß aller Aufbau und alle Erfolge des Dritten Reiches und seines Führers nicht der Gegenwart allein, sondern der Zukunft gelten und es an uns liegt — an allen deutschen Frauen und Männern — in treuer volkspolitischer Pflichterfüllung dieser Zukunft die lebendigen Träger zu geben, in Millionen artreiner, gesunder Kinder.

Das geht aber nicht ohne kinderreiche Familien, denn nur die Familien mit vier oder mehr Kindern tragen ihr volles Teil bei für ein Deutschland der Zukunft. Nur dann ist dieses gesichert, wenn die Vierkinderfamilie wieder zur Norm wird. Anders nicht!

Wer also immer wieder nur von der Bedürftigkeit der künftigen kinderreichen Familien als von einer Füllorgangelegenheit spricht, oder die kinderreiche Familie nur als Steuer- oder Wohnungsfrage ansieht, geht an dem Kern der Sache vorbei. Es geht nicht nur um die Rettung der deutschen Volkfamilie überhaupt, nicht extra nur um soziale Dinge, sondern darum, Lebensmöglichkeiten für die kinderreiche Familie zu schaffen, damit recht viele junge Ehen kinderreich werden.

Also eine bevölkerungspolitische Aufgabe und nichts anderes. Fürsorgebedürftig und fürsorgeberechtigt zu werden, das ist für niemanden ein lockendes Ziel, Elternfreude und Elternstolz werden dabei auch nicht ins Wachen kommen. Und wer vollends nur wegen staatlicher Zulagen sich zur Elternschaft und zum Kinderreichtum entschließt, der möge es lieber bleiben lassen. Hier muß viel Schutt weggeräumt werden.

Und man hat mit Recht damit begonnen, erst das Ansehen der erbgeliebten kinderreichen Familie wieder aufzurichten und das Verständnis für ihre Bedeutung wieder zu wecken. Es war eines der schwersten Verbrechen der Systemzeit, daß sie die deutsche Volkfamilie nicht nur verelenden ließ, sondern sie diffamiert hat, um uns den Willen zum Kinde zu vereiteln. Man hat unterschiedslos gesunde, geordnete, kinderreiche Familien mit denen in eine Reihe gestellt, die erkrankte Säugler und als solchen verantwortungslosen minderwertigen Nachwuchs in die Welt setzten. Das ging so weit, daß in weiten Kreisen der Begriff „Kinderreich“ geradezu ein Beigeschmack von schwachsinzig oder dergleichen bekam. Der Reichsbund der Kinderreichen hat die erblich kranken Kinderreichen zu einem Bunde der Auslese und des berechtigten Kampfes gegen die überlebende liberalistische Kinderfeindschaft vereint und tritt für die Ideale ein, die den verantwortungsbewussten Volkfamilien vorstehen und für die sie alle ihre Opfer bringen.

Mit Unterstützung des staatspolitischen Amtes der NSDAP. hat Reichsbundesleiter Stäwe an eine Reihe kinderreicher Väter, die im neuen Deutschland an führender Stelle stehen, die Anregung gerichtet, sich zu einem Ehrenführerring der Kinderreichen im NSD. zusammenzuschließen und als Front des Vorbildes allen Anfeindungen gegen die kinderreiche Familie entgegenzutreten. 44 führende Persönlichkeiten aus allen Kreisen, darunter 16 kinderreiche Reichsminister, Diplomaten, Oberbürgermeister, Gelehrte, Industrielle sind der Anregung gefolgt und erweisen damit allen Kinderreichen einen großen Dienst.

Reichsstatthalter Gauleiter Sautel wird am Donnerstag, dem 12. Dezember, als Vater von sieben Kindern die Leitung des Ehrenführerrings übernehmen.

Am Donnerstag, dem 12. Dezember, abends, wird durch eine Großkundgebung in der Weimarsalle in Weimar die

Gründung vollzogen werden. Es gilt Schritt für Schritt und Hieb für Hieb die giftigen Irrmeinungen und Vorurteile auszuwischen, die in der Systemzeit planmäßig in deutsche Köpfe gepflanzt worden sind, um den ehemals gefährdeten deutschen Kinderreigen — das Lebensmark unseres Volkes

— zu treffen. Wir aber wissen, daß gerade hier die Lebensfrage unseres Volkes liegt, daß ein neues Selbstvertrauen zur Elternpflicht die Voraussetzung einer deutschen Zukunft ist, zugleich aber auch Kernpunkt und letzte Folgerung der nationalsozialistischen Gewinnung. Dr. P. Danzer.

Neue Aufgaben der deutschen Finanzpolitik

Vortrag des Reichsfinanzministers

Berlin, 11. Dez. Im Rahmen der Vortragsreihe „Die öffentliche Verwaltung im Dritten Reich“ sprach vor der Verwaltungsakademie Berlin Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk im Auditorium maximum der Universität über „Deutsche Finanzpolitik“.

Nach einer kurzen Erinnerung an die erste große Finanzkatastrophe der Reichsregierung im Jahre 1923 schilderte der Redner die katastrophale Lage, die der Nationalsozialismus 1933 aus dem Gebiete der Finanzpolitik vordrängte: keinerlei Rücklagen in den öffentlichen Haushalten und in der Privatwirtschaft, Zahlungsbilanz und Verluste und schließlich der ungeheure wirtschaftliche und moralische Druck einer Armee von 6 Millionen Arbeitslosen.

Der Minister schilderte nun im Einzelnen die Maßnahmen der Kredit- und Haushaltspolitik, den konzentrischen Angriff auf die Arbeitslosigkeit, die Aktivierung der Steuerpolitik. Er ging dann auf die Entlastung des Schuldenstandes ein, der unter Einbeziehung der noch nicht eingelöstten und daher noch nicht öffentlich ausgewiesenen Arbeitswechsel in den Jahren der Krise von 1930 bis 1933 um 27 Milliarden und in den zweieinhalb Jahren des Aufbaues seit 1933 um 7 Milliarden gestiegen sei. In den Jahren der Krise seien aber die aufgenommenen Kredite lediglich Defizitkredite der öffentlichen Hand gewesen, denen also die Möglichkeit einer späteren Abdeckung aus künftigen Einnahmen oder einer Besserung des Haushalts nicht gegenüberstand. Die Verschuldung der Jahre nach 1933 dagegen sei die Folge einer aktiven Konjunkturpolitik gewesen, die sich die höheren Einnahmen, aus denen diese Kredite zurückgezahlt werden können, geschaffen habe.

Als ein weiteres Kennzeichen für die eifrige Aufwärtsentwicklung neben der Arbeitsbeschaffung bezeichnete der Redner die besonders erfreuliche Zunahme des Gesamtaufkommens der Reichssteuern, die sich von 1932 bis 1933 trotz beträchtlicher Steuererleichterungen um 2,5 Milliarden erhöht und damit eine Verbesserung der Haushaltslage um 4 Milliarden ermöglicht hätten. Die Wiederherstellung der Tragfähigkeit in Industrie und Landwirtschaft sei in erster Linie diesem Umstand zuzuschreiben. Es sei gelungen, die in der Krisenzeit entstandenen Fehlbeträge zu beseitigen, den Schuldenstand für die aufgenommenen kurzfristigen Kredite sicherzustellen und wieder normale Aufträge der öffentlichen Hand in den laufenden Haushalten aufzunehmen. Trotz vieler gewaltigen Steigerungen der Steuereinnahmen habe jedoch der Reichshaushalt noch nicht ausgeglichen werden können und zwar wegen der Ausgaben für den Arbeitsdienst und die Wehrhaftmachung des deutschen Volkes. „Aber trotz aller Sorgen, die sie uns bereiten“, so rief der Minister unter härmlichem Beifall aus, „möchten wir doch die Ausgabenvermehrungen für Arbeitsdienst und Wehrmacht in unserem Etat nicht missen.“

Der Minister warf dann die Frage auf:

„Wie werden die Mittel für die neue deutsche Wehrmacht aufgebracht?“

„Es liegt einfach“, so führte er aus, „die Ausnutzung einer durch die aktive Kreditpolitik geschaffenen wirtschaftlichen Lage

vor, die es uns ermöglicht, auf diesem Wege in wirtschaftlich richtiger Form fortzuführen. Die härtere Sparbildung und Zügelhaltung auf dem Geldmarkt ermöglicht uns immer wieder, daß wir die mobilisierten Gelder für die Zwecke der öffentlichen Finanzierung heranziehen und je nach Lage der Möglichkeit dann durch Auflegung von Anleihen wieder zurückziehen. Diesen Weg gehen wir seit 1933 zielbewußt, und wir haben durch diese Ausnutzung der wirtschaftlichen Verhältnisse die Arbeitsbeschaffung und die Wehrhaftmachung finanziert.“

Das deutsche Volk könne dem Führer für das gewaltige Werk der Wehrhaftmachung nicht besser danken, als daß es unter Aufopferung von Lieblingswünschen aller Art alle Kräfte zusammenfasse, um dieses Werk durchzuführen. Dieser Kräfteeinheit sei gerade auf dem Gebiete der Finanz- und Wirtschaftspolitik notwendig.

Der Minister wandte sich mit scharfen Worten gegen die Auffassung, daß es in einer Zeit des Aufbaues auf eine handwoll Millionen Mark nicht ankomme. Im Gegenteil, es komme heute mehr denn je auf jeden Pfennig an. Wenn wir nicht fähig und gewillt seien, unsere Ausgabenpolitik so zusammenzufassen, daß wir im Hinblick auf die Erreichung des uns gestellten großen Zieles jeden Pfennig umdrehen, werde dieses Ziel nie erreicht werden. Die Finanzbeamten könnten auch dem deutschen Volk gegenüber ihre Tätigkeit nur dann verantworten, wenn die Finanzverwaltung die Gewähr dafür übernehme, daß jeder einzelne Pfennig so angewendet werde, wie es der Arbeitswohlstand der an diesem Pfennig hänge, verlange.

Weiter betonte der Minister, daß auch die Sparsucht des deutschen Volkes hineingestellt werden müsse in den Dienst der Wehrhaftmachung. Dies würde zur Folge haben, daß hier und da Lieblingswünsche, aber auch wirtschaftlich Wertvolles und vielleicht Notwendiges, zurückgestellt werden müsse vor der Erreichung des einen Zieles. Diese wirtschaftlichen Aufgaben, wie etwa auch der Wohnungsbau, würden zurückgestellt als die großen Arbeitsverrichtungen für eine Zeit, in der die Wehrhaftmachung bis zu einem gewissen Grade durchgeführt sei.

Dem Außenhandel wies der Redner die Aufgabe zu, den Sicherungsfaktor für unsere Rohstoffeinfuhr zu bilden. Das sei wichtiger für die gesamte Wirtschaft, als daß man von dem Außenhandel eine starke Belebung der Wirtschaft durch Bekämpfung der Arbeitslosigkeit verlange.

Mit bestimmten Worten hob der Reichsfinanzminister sodann die Bedeutung der Privatinitiative des einzelnen Unternehmers hervor, die nicht ausgeglichen werden dürfe, wenn auch für die nächsten Jahre der Hauptanteil an der wirtschaftlichen Belebung nach wie vor dem Staat zufalle.

Der Minister rief am Schluß seiner Ausführungen alle deutschen Volksgenossen auf, sich durch zeitweilig auftretende Schwierigkeiten nicht an der großen Aufgabe irren lassen zu lassen. Die Regierung könne die großen Aufgaben nur dann erfüllen, wenn jeder Einzelne bereit und gewillt sei, an seinem Platte mitzuarbeiten.

Zusammenarbeit Amerikas und Englands

auf der Flottenkonferenz — Die ersten Schwierigkeiten

London, 11. Dez. Der Marinemitarbeiter des „Daily Telegraph“ begründet die Haltung Englands und der Vereinigten Staaten auf der Flottenkonferenz. Beide Mächte hätten klargestellt, daß sie geschlossen unabänderlich gegen die japanische Forderung nach allgemeiner Gleichheit der Flotten für die fünf Konferenzmächte seien. Der japanischen Delegation sei zu verstehen gegeben worden, daß die Verhandlungen der Flottenkonferenz nicht auf dieser Grundlage geführt werden können. Die Japaner hätten aufeinander mindestens auf die Unterstützung Frankreichs und Italiens gerechnet, aber diese sei ausgeblieben. Bei der Sitzung des ersten Ausschusses der Flottenkonferenz sei die Vermittlung der Verminderung der Tonnage der Kriegsschiffe durch britische Delegierte von den Amerikanern unterstützt worden. So verlautete, daß die Vereinigten Staaten bereit seien, beim Bau von Schlachtschiffen eine Verminderung der Tonnage um mehrere Tausend Tonnen und eine Herabsetzung des Kalibers ihrer Geschütze von 40 Zentimeter auf 35 Zentimeter in Betracht zu ziehen. Dies würde eine Ersparnis von 750 000 Pfund Sterling bei jedem britischen Schlachtschiff bedeuten. An Unterteilbooten fordere Frankreich 120 000 Tonnen, was eine

Flotte von ungefähr 150 U-Booten bedeute. Nach verlässlichen Mitteilungen werde jedoch von französischen Marinefachleuten angegeben, daß Frankreich bereits soviel U-Boote habe, wie es in Betrieb halten könne. Die britischen und amerikanischen Delegierten würden sich bemühen, den französischen Anspruch auf 72 700 Tonnen herunterzulassen.

Erste Schwierigkeiten auf der Flottenkonferenz

London, 11. Dezember. Die Unerbittlichkeit der japanischen Forderungen nach Flottengleichheit mit England und Amerika hat bereits zu ersten Schwierigkeiten auf der Flottenkonferenz geführt. Der japanische Abordnungsführer Admiral Kaga legte der Konferenz am Mittwoch Einzelheiten des japanischen Vorschlages einer „gemeinsamen oberen Grenze“ vor und nannte sogar die Ziffer, die nach japanischer Ansicht als Höchsttonnage für die Flotten Amerikas, Englands und Japans festgelegt werden soll. Diese Ziffer wird vorläufig geheim gehalten.

Reuter meldet, daß die Konferenzmitglieder allgemein darüber enttäuscht gewesen seien, daß Admiral Kaganos keine Kompromißlösungen angedeutet habe. Die Besprechungen seien abgebrochen worden, um den anderen Abordnungen Gelegenheit zu geben, die Erklärungen Kaganos zu erwägen. Die Befürchtung, daß ein toter Punkt eingetreten ist, habe die führenden Delegierten bereits veranlaßt, mit verschiedenen Mitteln ein Scheitern der Konferenz zu verhindern. Daher sind vorläufige und private Erörterungen über die Möglichkeiten eines „Gentlemen's Agreement im Gange.“ Ein solches Abkommen würde Japan eine grundsätzliche Gleichberechtigung aus Prestigegegründen zugestehen, es aber gleichzeitig verpflichten, nicht auf die Stärke der amerikanischen und englischen Flotte aufzurufen. Die Frage eines solchen Gentlemen's Agreement werde auf der Konferenz nicht amtlich erörtert werden.

Admiral Kaganos hatte in seiner Erklärung im einzelnen ausgeführt, daß Japan die Gleichheit mit England und Amerika auf einer möglichst niedrigen Grundlage wünsche. Um diese Grundlage zu erzielen, sei Japan bereit, die Schlachtschiffe, Flugzeugträger und Kreuzer der Klasse A zu verschrotten, wenn die anderen Mächte dasselbe täten.

Glückwunsch des Führers an Reichsminister Kerl

Berlin, 11. Dez. Der Führer und Reichsführer hat an den Reichs- und preussischen Minister für die kirchlichen Angelegenheiten, Hans Kerl, anlässlich dessen 49. Geburtstages folgendes Glückwunschtelegramm geschickt:

„In Ihrem Geburtstage sende ich Ihnen im treuen Gedenken meine aufrichtigen Glückwünsche. Ich weiß, daß dem Wohle Deutschlands zu dienen Ihnen immer heiligste Pflicht war. Das Vertrauen, das ich und wir mit Millionen treuer deutscher Volksgenossen in Sie setzen, ist bekräftigt in der Konfidentsialität Ihres Charakters und der Reife Ihrer Willens. Nehmen Sie meinen herzlichsten Dank entgegen für die der Bewegung und dem Vaterlande bisher geleisteten Dienste.“

Verhaftung des Berliner Domkapitulars Dr. Banasch

unter dem Verdacht des Verrats von Staatsgeheimnissen
Berlin, 11. Dez. Die Geheimere Staatspolizei nahm vor kurzem nach Verhaftung des Herrn Reichs- und preussischen Ministers für die kirchlichen Angelegenheiten eine Hausdurchsuchung in den Räumen der Informationsstelle der Bischöflichen Behörden Deutschlands in Berlin vor. Der Geschäftsführer der Informationsstelle, Domkapitular Prälat Dr. Banasch, dessen Sekretär, sowie einige katholische Geistliche im Reich wurden unter dem dringenden Verdacht des Verrats von Staatsgeheimnissen verhaftet. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen.

Wiederwahl der schweizerischen Bundesregierung

Bundesrat Meyer Präsident des Bundesrates

Bern, 11. Dez. Die Vereinigte Bundesversammlung, Nationalrat und Ständerat, nahm, wie nach Parlamentswahlen üblich, am Mittwoch früh die Neuwahl der Bundesregierung vor. Die vier maßgebenden bürgerlichen Parteien beantragten, die bisherigen sieben Mitglieder der Bundesregierung wiederzuwählen. Die Sozialdemokraten hatten Petret-Neuenburg und Huber-St. Gallen als ihre Kandidaten aufgestellt. In den Wahlgängen erhielt Dr. Meyer 148 von 204 gültigen Stimmen und damit die höchste Stimmenzahl. Ihm folgt Bundesrat Motta. Die sozialdemokratischen Kandidaten konnten nur 45 bzw. 30 Stimmen auf sich vereinen. Zum Präsidenten der Bundesregierung wurde für das Jahr 1936 Bundesrat Meyer gewählt, zum Vizepräsidenten Bundesrat Motta. Die Verteilung der Ämter in der Bundesregierung ist folgende:

Motta, Leiter des Politischen Departements,
Vielor, Leiter des Post- und Eisenbahndepartements,
Ringer, Leiter des Militärdepartements,
Meyer, Leiter des Finanzdepartements und Präsident des Bundesrats,
Baumann, Leiter des Justizdepartements,
Etter, Leiter des Innendepartements,
Obrecht, Leiter des Volkswirtschaftsdepartements.

Kabinettskrise in der Tschechoslowakei

Prag, 11. Dez. In den Mittagsstunden des 11. Dezember beschloß ein außerordentlicher Ministerrat der tschechoslowakischen Regierung, Ministerpräsident Hodza hat sich nach Schloß Vana zum Staatspräsidenten Masaryk begeben und seinen Rücktritt angeboten.

Staatspräsident Masaryk hat den Rücktritt der Regierung, den ihm der Ministerpräsident Hodza am Mittwoch nachmittag auf Schloß Vana anbot, nicht angenommen. Ueber die weitere Entwicklung der durch die Krise in der Regierungsmehrheit entstandenen schwierigen Lage herrscht Unklarheit.

Ministerpräsident Hodza hat den Ministerrat für den Nachmittag zu einer zweiten außerordentlichen Sitzung einberufen, in der die Lage erörtert werden wird. Da der radikale Flügel der tschechoslowakischen Agrarier den Wünschen der linken Parteien weiter heftigen Widerstand entgegensetzt, ist augenblicklich nicht abzusehen, wie eine Lösung der Krise erfolgen wird.

Vor dem Rücktritt der ägyptischen Regierung

Kairo, 11. Dez. Ministerpräsident Tewfik Kellim Pasha wird am Donnerstag dem König den Gesamttritt des Kabinetts anbieten.

Wie verlautet, ist der Grund für den Rücktritt darin zu suchen, daß England sich gegenüber den ägyptischen Wünschen auf Wiederherstellung der Verfassung von 1923 ablehnend verhält. Man rechnet damit, daß der König die Parteiführer zu Besprechungen empfangen wird.

**Bestellen Sie
unsere Zeitung!**

Eden über die Friedensvorschläge

Auch Baldwin äußert sich noch einmal

London, 11. Dez. Trotz der Erklärung Baldwins, daß zur Zeit keine Einzelheiten über die im Gange befindlichen Friedens-erörterungen bekanntgegeben werden könnten, bestand die arbeitsparteiliche Opposition im Unterhaus auf einer Aussprache über den italienisch-äthiopischen Streit.

Eden erklärte u. a.: Die drei Hauptgrundsätze, auf die die Vorschläge sich stützen, sind:

1. ein Gebietsaustausch, der beiden Seiten bestimmte Vorteile bietet.

2. Völkerverständigung für Äthiopien zum Zwecke sozialer, wirtschaftlicher und vermögensmäßiger Entwicklung.

3. besondere Erleichterung für italienische Siedler und italienische Gesellschaften in Verbindung mit der wirtschaftlichen Entwicklung.

Es sei ihm zur Zeit nicht möglich, die im Paris erörterten Vorschläge allgemein bekanntzugeben. Eine Veröffentlichung komme erst dann in Frage, wenn die zuständigen Völkerverständigungsorgane die Vorschläge erwogen und einen Beschluß darüber gefaßt haben. England habe stets klar zum Ausdruck gebracht, daß die Interessen dieses Landes an diesem Konflikt nur die Interessen als Mitglied des Völkerbundes seien. England habe nichts mit der italienischen Innenpolitik zu tun. Das würde auch die Haltung Edens für die ganze Dauer des Konfliktes bleiben. Der Vorschlag, auf den man sich in Paris geeinigt habe, stelle nicht notwendigerweise den Standpunkt der französischen Regierung oder den Standpunkt der britischen Regierung dar. Es handle sich vielmehr um Anregungen, die die Parteien insoweit legen sollten, zusammenzufassen. Das sei der einzige Zweck dieser Vorschläge.

Die Beunruhigung der Parlamentarier über die Entwicklung des äthiopischen Streitfalles fand im Unterhaus in später Abendstunden Ausdruck in einer längeren Aussprache, die von Ministerpräsident Baldwin abgebrochen wurde. Die Ausführungen der Oppositionsredner zeigten, daß sie durch Edens Erklärung keineswegs beruhigt worden sind, sondern befürchten, daß die französischen Presseberichte über den Inhalt des Friedensplanes nicht völlig auf Erklärung beruhen.

Baldwin sagte u. a., seine Haltung gegenüber dem Völkerbund sei stets folgerichtig gewesen. Er habe niemals den Standpunkt vertreten, daß bei einem Verlegen des Völkerbundes Verweigerung am Platz sei. Im Gegenteil sollte ein solches Verlegen ein Antrieb sein, das nächstmal nach einer besseren Leistung zu streben. Die britische Regierung schreite auf dem bisherigen Wege gemeinsam mit anderen Völkerverständigungsmächten vorwärts und werde so weit gehen, wie die anderen Mitglieder gehen wollten. Ein einseitiges Vorgehen werde jetzt ebenso wenig wie früher beabsichtigt. Die Macht Englands sei nicht vollkommen, wenn auch kein Ansehen ganz bei Bleibet werde dieses Ansehen durch die Aussprache geschädigt werden, aber er hoffe, daß dies nicht der Fall sein werde.

Baldwin erklärte: Wir hätten Auftrag, diese Unterhandlung mit den Franzosen anzustellen. Eden wird dem Völkerbund seinen Bericht erstatten. Er wird dann auch nicht die Annahme der Regelung dem Völkerbund anheimstellen, wenn der Völkerbund nichts davon wissen will. Ebenso wenig kann er die Italiener oder Äthiopier annehmen. Wir wissen nicht, was jede dieser drei Parteien beabsichtigen wird. Wenn nichts dabei herauskommt, müssen wir es später noch und noch wieder versuchen. Wir werden wiederum die ganze Frage zu erwägen haben, wie weit Sühnemaßnahmen gehen können.

Die Opposition hat es so hingestellt, als wäre es eine ganz einfache Sache, die Völkerbund nach Italien zu unterbinden. Es handelt sich aber um eine außerordentlich verwickelte Frage. Wenn wir den Schritt tun, müssen wir sicher sein, daß er wirklich ist. Wir legen genau dieselbe Politik wie bisher fort. Eden reist am Mittwoch nach Genf und wir werden sehr bald wissen, welche Auswirkungen der von uns getriebene Kurs hervorruft wird. Hieraus leitet die Arbeiteropposition zum Zeichen des Protestes eine Abstimmung über die Verantwortlichkeit auf die Thronrede durch. Die Adresse wurde mit 281 gegen 139 Stimmen angenommen.

Uebereinstimmung zwischen Paris und London

Die Verfahrensfrage noch nicht geklärt

Paris, 11. Dez. Wie in politisch gut unterrichteten Kreisen bekannt wird, ist in der Besprechung, die Royal mit Unterstaatssekretär Sir Robert Bannister und dem britischen Botschafter in Paris gehabt hatte, endgültig die Uebereinstimmung zwischen der französischen und der britischen Regierung über die Formulierung der Bedingungen zur Beilegung des italienisch-äthiopischen Streitfalles festgelegt. Diese Formulierungen bilden auch den Inhalt der Vorschläge, die im Laufe der Nacht den Botschaftern bzw. Botschaftern Italiens und Äthiopiens übermittelt werden sollen. Der britische Botschafter hat die Friedensvorschläge vollständig gebilligt und wenn Einwände erhoben worden seien, so hätten diese nur Einzelheiten im Wortlaut betreffen.

Es bleibe jetzt lediglich die Frage des Verfahrens offen, die bis zum Augenblick noch nicht vollkommen geklärt ist. Royal, der am Mittwochabend nach Genf reiste, werde im Laufe seiner Fahrt oder bei seiner Ankunft darüber eine Besprechung mit Eden haben, der sich ebenfalls nach Genf begeben, um England im Äthiopien-Ausfluß zu vertreten. Baldini werde sich im gleichen Zuge befinden. Somit würden die französischen und die englischen Minister Gelegenheit haben, sich mit dem Vorstehenden des Äthiopien-Ausflußes zu besprechen. Man sei daher der Ansicht, daß in Anbetracht der britisch-französischen Einigungsbemühungen der Äthiopien-Ausfluß dazu gebracht werden könne, seine Entscheidung über die Vorschläge hinauszuweisen. Auf Grund der Pariser Vorschläge würden notwendigerweise Besprechungen in Genf stattfinden.

Friedensplan in Rom überreicht

Rom, 11. Dez. Mussolini empfing am Mittwoch nachmittags den Botschafter von England und Frankreich zur Ueberreichung der französisch-englischen Vorschläge in der äthiopischen Frage. Im Laufe des Abends wird wahrscheinlich eine amtliche Mit-

teilung über die Entgegennahme dieser Vorschläge erfolgen, was jedoch nicht wie von amtlicher Seite erklärt wird zugleich eine Stellungnahme Italiens bedeuten wird. Die Vorschläge, die technisch sehr verwickelter Art seien, zu denen also nicht in wenigen Stunden Stellung genommen werden könne, würden zunächst von zuständiger italienischer Stelle in allen Einzelheiten geprüft werden. Eine Antwort könne frühestens in einigen Tagen erfolgen. Immerhin sei die Laidade der Uebergabe der Vorschläge im amtlichen italienischen Kreisen mit Genugtuung aufgenommen worden. Auch würden die Bemühungen Frankreichs und Englands gern anerkannt.

Äthiopien und die englisch-französischen Vorschläge

Eine Erklärung der äthiopischen Gesandtschaft in Paris

Paris, 11. Dezember. Die äthiopische Gesandtschaft in Paris veröffentlicht folgende Mitteilung:

Äthiopien ist das Opfer eines ungerechtfertigten Angriffes geworden, der einmütig vom Völkerbundrat und vom Völkerbund festerlich verurteilt worden ist. Unter diesen Umständen ist die äthiopische Regierung fest entschlossen, alle Vorschläge auszuweichen, die in mittelbarer oder unmittelbarer Form dem italienischen Angreifer eine Belohnung zuerkennen und die Grundzüge verkennen würden, die der Völkerbundrat und der Völkerbundsversammlung, wie auch der Völkerbund überhaupt, bezeugt haben, insbesondere den Grundzug des gebietsmäßigen und politischen Bestandes Äthiopiens, sowie ferner alle Vorschläge, die darauf abzielen, auf einen schwachen Staat einen Druck auszuüben, um ihn dahin zu bringen, daß er sich die Herrschaft einer mächtigen Regierung gefallen lasse, die stets betont hat, daß sie sich mit Gewalt den Triumph ihrer ehrgeizigen Ziele sichern wird und zwar mit, ohne, oder gegen den Völkerbund.

Der Hoare-Laval-Plan vor den Ahtzener-Ausschuß

London, 11. Dez. Der Völkerverständigungsmittler Eden hat am Mittwoch London verlassen, um sich ohne Aufenthalt nach Genf zu begeben. Wie verlautet, geht diese Reise Edens nach Genf auf den Beschluß des Kabinetts zurück. Es hat beschlossen, daß der englisch-französische Friedensplan, der sogenannte Hoare-Laval-Plan am Donnerstag dem Ahtzener-Ausschuß des Völkerbundes vorgelegt werden soll. Die Beratung der Deliberate soll auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden.

Ablehnende Stimmen in Norwegen

Oslo, 11. Dez. Die Nachrichten vom dem englisch-französischen Friedensvorschlag im österrösischen Konflikt werden von den führenden Blättern Norwegens mit großer Empörung wiedergegeben. „Aftenposten“ schreibt, daß der Völkerbund, falls er diese Vorschläge gutheißt, den letzten Funken von Idealismus verlieren würde. Norwegen müsse dann aus dem Völkerbund austreten. Die kleinen Staaten hätten nichts zu haben dort, wo von den Großmächten über die Köpfe der Kleinen hinweg nach den „alten Methoden“ die wichtigsten Entscheidungen getroffen würden. Die Verwirklichung dieser Friedensvorschläge wäre geradezu eine Belohnung des Angreifers. „Dagbladet“ sagt, daß der Völkerbund es nicht den Großmächten überlassen dürfe, den österrösischen Konflikt nach ihren selbstlichen Interessen zu lösen. Selbstverständlich könnten die kleinen Staaten im Völkerbund keine Verantwortung für die nunmehr getroffene Ordnung der Dinge übernehmen. Ein solcher Frieden wie ihn England und Frankreich vorschlagen machte die Verhandlung von Konflikten durch den Völkerbund zu einer Karikatur. Es erhebe im übrigen auch nicht glaubhaft, daß Äthiopien einen solchen Frieden freiwillig annehmen würde.

Abdis Abeba erwartet Fliegerangriff

Panik in der Stadt

Addis Abeba, 11. Dez. In der Nacht zum Mittwoch trafen in Addis Abeba Nachrichten ein, die für die Morgenstunden des Mittwochs einen Bombenangriff der italienischen Flieger auf die Hauptstadt ankündigten.

Um 3.30 Uhr morgens begann die Räumung der Stadt durch die Bevölkerung. Zu Tausenden und Abertausenden flüchteten die Einwohner in langen Zügen und begleitet von Wagenkolonnen in die Umgebung von Addis Abeba und in die umliegenden Berge. Europäer und Eingeborene wurden von der von Haus zu Haus gehenden Polizei aus dem Schlaf geweckt und aufgefordert, sich in Sicherheit zu bringen. Allgemein hat eine panikartige Stimmung Platz gegriffen. Alle verfügbaren Kraftwagen werden zu Freisen von 100 bis 200 RM gemietet, um aus der bedrohten Stadt zu gelangen.

Später wird gemeldet: Der auf Grund verschiedener Meldungen für die Morgenstunden des Mittwochs allgemein erwartete italienische Luftangriff ist bis 10 Uhr vormittags nicht erfolgt. Im Laufe des Vormittags wurden die Päden in der Stadt wieder geöffnet. In der ersten Aufrührung haben ungefähr 20 000 Menschen Addis Abeba verlassen. Das Gesundheitsamt war bereits um 6 Uhr morgens von Tausenden umlagert, die dort Schutz zu finden hofften.

Die äthiopischen Behörden haben eine vierfache Verstärkung des Polizeidienstes eingerichtet. An allen Straßenecken wurden zur Bekämpfung von Bränden infolge von Bombenabwurf große Fässer mit Wasser aufgestellt.

Der italienische Heeresbericht belagt nur: „Von der ganzen Front ist nichts Bemerkenswertes zu verzeichnen. Hinter der Front ist die Organisation aller Nachschubdienste und des Straßenverkehrs in vollem Gange.“

Aus Stadt und Land

Montag, den 12. Dezember 1935.

Sitzung des Kreisrats

Am 6. Dezember 1935 fand unter dem Vorsitz des Oberamtsverwalters Dr. Lauffert in Altensteig eine Sitzung des Kreisrats statt. In der Sitzung wurde der Voranschlag für den Straßenbauhaushalt des Kreisverbands im Rechnungsjahr 1936 festgestellt. Weiterhin wurden die Bedingungen für ein Kreditsdarlehen an die Stadt Wildberg festgestellt und verschiedene Besoldungsfragen behandelt. Der Kreisverband Nagold will sich grundsätzlich an den Kosten für die Einrichtung und den Betrieb des Hitlerjugendheims in Ellenbach, Gemeinde Göttingen, Kreis Freudenstadt, beteiligen. Zu der Errichtung einer NS-Schwefelstation für die Gemeinden Bernau, Gengenwald, Wart und Wenden soll ein Beitrag bewilligt werden. Der Kreisrat gab dann noch seine Zustimmung zur Erlassung einer kreispolizeilichen Vorschrift zur Sicherung der unschädlichen Beseitigung gesundheitsschädlichen Fleisches und zu einer neuen Kreisordnung über die Aufbringung der Verwaltungsausgaben.

Das Eheauglichkeitszeugnis

Die erste Durchführungsverordnung zum Ehegesundheitsgesetz, die in den vergangenen Jahren, in einzelnen Fällen, die Ausstellung des Eheauglichkeitszeugnisses. Dabei wird noch einmal darauf hingewiesen, daß vorläufig noch das Eheauglichkeitszeugnis nur beizubringen ist, wenn der Standesbeamte begründete Zweifel über das Vorliegen eines Ehehindernisses hat. Zweck der Erlangung des Eheauglichkeitszeugnisses hat sich jeder Verlobte bei dem Gesundheitsamt unterziehen zu lassen, in dessen Bezirk er seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt hat. Das Gesundheitsamt mit hiesiger entsprechende Ermittlungen über die Erbgesundheitsverhältnisse der Verlobten an. Der Verlobte kann sich auch von einem vom Kreisarzt für hiesige zugelassenen Arzt der freien Praxis unterziehen lassen, und zwar kostenlos, wenn er einer reichsdeutschen Krankenkasse oder einer Erbschaftsangehörigen. Das Untersuchungsergebnis wird an das zuständige Gesundheitsamt weitergeleitet. Die Ausstellung des Eheauglichkeitszeugnisses erfolgt durch das für die Unterzeichnung der Braut zuständige Gesundheitsamt. Es wird ungültig, wenn die Ehe nicht binnen sechs Monaten nach der Ausstellung geschlossen wird. Für die Erteilung oder Verlangung des Eheauglichkeitszeugnisses wird von jedem Verlobten eine Gebühr von 5 Mark erhoben, die bei Bedürftigkeit ermäßigt oder erlassen wird. Gegen die Verlangung oder Zurücknahme des Eheauglichkeitszeugnisses kann jeder Verlobte die Entscheidung des Erbgesundheitsgerichtes anrufen, und gegen die Entscheidung des Erbgesundheitsgerichtes ist auch noch Beschwerde an das Erbgesundheitsobergericht zulässig. Für das gerichtliche Verfahren wird in jedem Rechtszug eine Gebühr von 5 Mark erhoben. Die Kosten des Verfahrens muß der unterliegende Verlobte tragen. Ist rechtskräftig festgestellt, daß ein Ehehindernis nicht besteht, so werden die gerichtlichen Gebühren erlassen. Das Aufgebot darf erst angeordnet werden, wenn dem Standesbeamten das Eheauglichkeitszeugnis vorgelegt worden ist. Die Verordnung trifft auch eine Regelung für die Fälle, in denen ein Verlobter seinen Aufenthalt im Auslande hat.

Amstliches. Verfehlt wurde Rektor Kitz in Baisersbrunn auf eine Rektorstelle an der evang. Volksschule in Göttingen; die Hauptlehrer Bed in Kniebis, Kreis Freudenstadt, nach Böblingen; und Böhm in Nischelsberg, Kreis Calw, nach Großschmied.

Ernannt wurde Jollaschke Holzger bei der Zollaufseherstelle (St.) Neuenbürg zum Zollsekretär.

Geistverhüllungsmaßnahmen. Die von der Reichsregierung zur Verhüllung der Spelsette für die minderbemittelte Bevölkerung getroffenen Maßnahmen werden für Januar, Februar und März 1936 im bisherigen Umfang fortgeführt. Die Stammbuchblätter sind auf grünem Wasserzeichenpapier hergestellt; sie enthalten wiederum je drei Reichsverhüllungszeichen A und B sowie einen Verhüllungszeichen für drei Wund Konsumgüter.

Generaleinsatz der Hitlerjugend zum WSM. Weihnachtsgebeten der Hoffnung und Freude und des Erfolges stehen in der Gescheit geschrieben. Die Jugend steht natürlich vorne an in der Weihnachtsfeier. Das ist heute nicht anders als zu unserer Zeit, da wir selbst noch ganz heimlich Wunschzettel ans Christkind oder den Weihnachtsmann abschicken. Aber diese Jugend von heute bewahrt selbst jetzt ihren überwindenden Opfergeist zu sozialem Tatbeweis. Sie stellt sich unmittelbar vor Weihnachten fünf Tage in charitativer Nächstenliebe in der Gesamtheit der Hitlerjugend in die Front wider Hunger und Kälte. So sind unsere Hitlerjugend und -Mädel nun einmal. Sie haben das Herz auf dem rechten Fleck und gehen keiner Schwierigkeit aus dem Weg. „Angepaßt und nicht gesadelt“. Sie leben nicht nur ihrer Jugend und einer Sorgen- und Schweißarbeit, sie fühlen sich aus ihrer eigenen nationalsozialistischen Erziehung heraus zu tiefster Nächste und größter Aktivität in allen Maßnahmen der Wohlfahrt des deutschen Volkes verpflichtet. Wenn sie vom 18. bis 23. Dezember die lieber Volksgenossen, um dem Scherlein für das Winterhilfswerk bitten, dann gibt es ihnen gern. Sie sind in die freudestrahlenden Augen dieser Jungen, dieser Mädel, wenn sie dich als guten Menschen kennenlernen, der Nächstenliebe nicht nur vom Hörsagen her, sondern aufrichtig und festen Sinnes praktisch. Laß sie eine gute Meinung und Achtung vor dir mitnehmen. Sehe dich vor ihnen nicht herunter durch kleinlichen Zweifel und Geiz, sondern zeige, und jetzt vor Weihnachten erst recht, daß es dir eine Freude ist, deutscher Blutgenosse sein und ihnen helfen zu können. Jeder Junge, jedes Mädel im Kreis der Führer betrachtet es als seine Ehre, im fünfjährigen Generaleinsatz der Hitlerjugend für das Winterhilfswerk des deutschen Volkes seinen äußersten Eifer an den Tag zu legen. Hier sein Bestes zu geben, wird den Jungen, das Mädel zu Weihnachten, dem Geist der Liebe umso glücklicher sein.

Neuweiler, 11. Dezember. (Von der NS-Frauenchaft.) Die NS-Frauenchaft versammelte sich am Freitagabend im „Rammhals“. Vgn. Seidel konnte neben den Mitglieder eine größere Anzahl Gäste begrüßen. Kreisfrauenchaftsleiterin Widmaier-Calw sprach in warmen Worten über den Weg zur wahren Volksgemeinschaft.

Bei Kaffee und Kuchen und einigen Liedern, welche gemeinsam gesungen wurden, ging der Abend nur allzu schnell dem Ende zu. Da ein Teil der Bewirtung von Gastesfreudigen gestiftet war, konnte ein netter Beitrag der Winterhilfe überlassen werden.

Calw, 11. Dezember. (Die Obst-Verladeprüfung im Kreis Calw.) Im Kreis Calw gelangen diesen Herbst etwa 3200 Ztr. Mostobst und 1500 Ztr. Tafelobst zur Verladeprüfung. Das Tafelobst ging auf dem Handelswege vorwiegend nach Stuttgart, Karlsruhe und Baden-Baden. Den Hauptanteil stellten die Waldgemeinden Altsulach, Liebsberg, Breitenberg, Oberfollwangen, Martinsmoos, Oberhaugstett, Zwerenberg, Neumeller und Schmiech, während von den Gängemeinden leider nur in wenigen Fällen die Verladeprüfung in Anspruch genommen worden ist. Die im Obsthandel erlösten Preise bewegten sich anfänglich zwischen 8 und 12 M. Heute werden für einen Zentner einwandfreies Winterobst 14—18 Mark bezahlt. Mostobst wurde zum Preise von 4—5,50 Mark nach auswärtig abgelehrt.

Glatten, 11. Dezember. (Schwerer Unfall.) Landwirt Wilhelm Schilling verunglückte beim Rangholzen so schwer dadurch, daß ihm am linken Fuß alle fünf Zehen zerquetscht wurden.

Freudenstadt, 11. Dezember. (Verdunkelung Freudenstadts am 19. Dezember.) Am 19. Dezember findet in Freudenstadt vom Einbruch der Dunkelheit an bis zehn Uhr eine Verdunkelungsübung statt, und zwar muß bis 9.30 Uhr „eingedunkelte Beleuchtung“ und von 9.30—10 Uhr die „Verdunkelung“ durchgeführt werden.

Baisersbrunn, 11. Dezember. (Die Allgemeine Ortskrankenkasse Baisersbrunn wird mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse Freudenstadt zusammengelegt.) Die Vereinigung der Allgemeinen Ortskrankenkasse Baisersbrunn mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse Freudenstadt mit Wirkung ab 1. Januar 1936 ist durch Beschluß des Oberverwaltungsamtes Wirklichkeit geworden. Von diesem Zeitpunkt an wird im Interesse der übernommenen Mitglieder eine Verwaltungsstelle in Baisersbrunn unterhalten. Mit der Zusammenlegung wird eine gewisse Verwaltungseinfachung verbunden werden können.

Wildbad, 11. Dezember. Altschneidermeister Friedrich Treiber, der älteste Mann der hiesigen Stadt und der älteste Handwerker des Kreisgebietes Neuenbürg, ist im Alter von 95 Jahren gestorben. Der Verstorbene war hier allgemein geschätzt. Mit ihm ist ein Stück Alt-Wildbad dahingefahren.

Schwenningen, 11. Dezember. (Der frühere Rechnungsrat Haberer in Malaga verhaftet.) Der frühere Rechnungsrat Otto Haberer, der seinerzeit größere Unterhaltungen beging und im Herbst 1931 nach Algerien flüchtete — sein Aufenthalt wurde durch besondere Umstände bekannt — wurde vor einigen Tagen in Malaga in Spanien verhaftet. Er steht nach der Auslieferung der Aburteilung in Rottweil entgegen.

Stuttgart, 11. Dez. (Abbildung des 15. Deutschen Turnfestes.) Am 19. Dezember findet nachmittags 15 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses in Stuttgart die Abschluß-Sitzung des Hauptausschusses für das 15. Deutsche Turnfest 1935 in Stuttgart statt. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung steht die Berichtsabgabe über den Rechnungsablauf des 15. Deutschen Turnfestes, Entlassung der Ausschüsse und Beurlaubung über die Auflösung des „Hauptvereinsausschusses“ für das 15. Deutsche Turnfest 1935 in Stuttgart. Zu der Abschluß-Sitzung wird der Reichssportführer von Hammer und Otten kommen. An der Sitzung werden Reichsausschalter Murr, Vertreter von Reichs- und Partei- und selbstständlich Stuttgarter Oberbürgermeister Dr. Stoll teilnehmen. Landesportführer Dr. Klett ist in seiner Eigenschaft als Mitglied des Hauptvereinsausschusses in der Sitzung anwesend. Der Vorsitzende des Ausschusses, Studentent Dr. Obermeyer, wird die Berichte erlassen.

Revision gegen Todesurteil. Die Justizpressestelle Stuttgart teilt mit: Durch Urteil des Schwurgerichts Stuttgart vom 3. Dezember 1935 wurde der 19 Jahre alte Gottfried Hais von Schwieberdingen, Kreis Ludwigsburg, wegen Mordes zum Tode und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit verurteilt. Gegen dieses Urteil hat der Verteidiger des Hais Revision eingelegt.

Bodelshausen, 11. Dezember. (Ertrinken.) Der zehnjährige Sohn des Wilt Stech von hier vergnügte sich auf dem Buhensee bei Station Bodelshausen mit Schlittschuhlaufen. Offenbar war er nicht vorsichtig genug, denn plötzlich nahte er sich der Stelle, wo das Eis im See weggehauen war, und versank. Er konnte nur als Leiche geborgen werden.

Heilbronn, 11. Dez. (Höchstpreis-Überprüfung.) Ein Landwirt von Redargartach verkaufte ein paar fette Schweine zu einem höheren als dem gesetzlich vorgeschriebenen Höchstpreis. Der Metzger gab ihm ohne weiteres den geforderten Preis. Obwohl er nur 25 Mark Gewinn durch dieses Geschäft einstecken durfte, verurteilte ihn das Gericht wegen eines Vergehens zu 75 RM Geldstrafe. Bei der Verhandlung kam besonders zum Ausdruck, daß die vorgeschriebenen Bestimmungen über die Höchstpreise unbedingt einzuhalten seien. Verfehlungen hiergegen müssen streng bestraft werden.

Badenau, 11. Dezember. (Brand.) Am Dienstagabend brach in dem Anwesen des Amtsdieners Franz Theodor Kühner und des Schneidemeisters Gulasch Weidemann in der Scheuer Feuer aus. Es gelang, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Abgebrannt ist eine Scheuer und ein Stallbau.

Gmünd, 11. Dez. (Trunkenbold in Haft.) Das Oberamt hat am Dienstag einen 47-jährigen Familienvater auf sieben Tage in Haft genommen, weil er betrunken war, während seine Familie schon längere Zeit vom hiesigen Bezirkswohlfahrtsamt Unterstützung bezieht.

Saulgau, 11. Dez. (Zur Warnung.) Eine Bäuerin aus dem Kreis Saulgau verging sich gegenüber der Milchablieferungspflicht dadurch, daß sie die erübrigte Butter nicht an die Milch- und Rahmkation abgab, sondern sie in Saulgau veräußerte. Die Polizei nahm sich der Butterverkäuferin an und beschlagnahmte 10 Pfund Butter. Die Butter wurde in der Milchstelle verkauft und der Erlös dem Winterhilfswerk zugeführt.

Münchingen, 11. Dez. (Dane Arbeitslose.) Durch den Bau der Fernwasserleitung, die vom Wasserwerk der Lautertalstraße bei Bittenhausen 120 Meter hoch über den langen Hang in Richtung Müchingen gegraben wird, wurden so viele Vollegenossen zu den verschiedenen Arbeiten benötigt, daß der Kreis Münchingen keine Arbeitslosen mehr aufzuweisen hat.

Leitnang, 11. Dez. (Der Führer als Pate.) Dem 36 Jahre alten Arbeiter Adolf Segelbacher in Bellingen bei Leitnang, in der Zahnradfabrik Friedrichshafen beschäftigt, wurde das 10. Kind (Knabe) geboren. Aus diesem Anlaß hat der Führer und Reichsführer die Patenschaft übernommen.

Inningen i. H., 11. Dez. (Todesfall.) Im Landeskrankenhaus in Sigmaringen ist im Alter von 67 Jahren der Geistliche Rat Professor Adolf Strobel, Dekan des Kapells Bellingen, Bärre in Inningen, gestorben.

An die Elternschaft der Hitlerjugend

Stuttgart, 11. Dez. Die Gebietsführung der HJ. Württemberg gibt bekannt: Laut Anordnung der Reichsjugendführung haben Hitlerjugend, Jungvolk und deutsche Mädel und Jungmädel ab sofort die Winterdienstkleidung beim Winterdienstkleidung zu tragen. Solange eine einheitliche Winteruniform beim Winterdienst aus Grund der allgemeinen wirtschaftlichen Schwierigkeiten noch nicht besteht, müssen Übergangsmaßnahmen, die das teilweise Tragen von Zivilkleidung gestatten, erlassen werden. Das Tragen von weichen Strümpfen bleibt verboten. Im Interesse der Gesundheit der Bimble ist das Tragen von Strümpfen für die bis auf weiteres verboten. In den Fällen, in denen die Bimble keine langen Strümpfe mehr haben, bitten wir die Eltern, im Interesse ihrer Kinder hier Abhilfe zu schaffen. Im übrigen wird höfentlich Weihnachtskarten in vielen Fällen Abhilfe schaffen. Andernfalls bitten wir die Eltern, mit den Gruppensprechern bzw. Führern der Hitlerjugend bzw. mit den Gruppenführern Rücksprache zu nehmen. Was ein Pimpf sich zu Weihnachten unter anderem wünscht, ist: eine blaue Dienstbluse, eine DJ-Überfallhose und eine DJ-Wintermütze.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Zwei Menschen verbrannt. Dienstag nachmittag sind in einem Wohnhaus der Heiterfelder Straße in Berlin zwei Menschenleben einem schweren Brandunglück zum Opfer gefallen. Als die Polizeibeamten das Schlafzimmer betreten, schlug ihnen aus dem völlig verqualmten Raum eine Stichflamme entgegen. Im Bett fanden sie die verfohlte Leiche der Witwe, auf dem Sofa die Leiche eines dreizehnjährigen Mannes, der bei der Frau zu Besuch weilte. Die Untersuchung ergab die Annahme, daß die Frau vergessen hatte, in der Nacht den Strom ihres elektrischen Heizkessels zu drosseln.

Neuer Präsident der Reichspolizeidirektion Dresden. Vom 1. Januar 1936 ab ist dem Präsidenten Voelker der Reichspolizeidirektion Braunschweig die Präsidentenstelle der Reichspolizeidirektion Dresden übertragen worden.

100 000 RM-Gewinn. In der Staatslotterie wurde auf das Los Nr. 317 254 der 100 000 RM-Gewinn gezogen. Das Los wird in der ersten Abteilung in Ahtelosen im Ostpreußen, in der zweiten Abteilung in Ahtelosen in Baden gespielt.

Einbruchdiebstahl in der Kathedrale von Orleans. In der berühmten Kathedrale von Orleans wurde ein Einbruchdiebstahl verübt. Dienstag nachmittag wurde am Bahnhof ein wertvoller Reif gefunden, der wie später festgestellt wurde, zum Schatz der Kathedrale gehörte. Nachforschungen ergaben, daß aus der Sakristei Schlüssel verschwunden waren.

Vulkan-Ausbrüche auf den Tonga-Inseln. Aus Wellington (Neuseeland) wird gemeldet: Auf den Tonga-Inseln im Stillen Ozean ist es zu gewaltigen Vulkanausbrüchen gekommen. Der vulkanischen Tätigkeit gingen 20 Eruptionen voraus, die von schweren Gewittern und Regengüssen begleitet waren. Ein langer Lavastrom ergießt sich ins Meer. Die Gruppe der Tonga- oder Freundschafts-Inseln sind britisches Schutzbiet.

**Es ist beim
Kaufmännchen
wie im
Luben:**

**Wenn man ein
und dr. Oskar's Bonbons
bringt, ist man
auch ein
Wunderkind-Gönnchen**

**Verlangen im Bonbon macht Freude
Ladungen 20 Hg.**



Letzte Nachrichten

Halblose Gerüchte über deutsche Bemühungen um Auslandskredite

Berlin, 11. Dezember. In der ausländischen Presse finden sich wieder einmal Mitteilungen darüber, daß Reichsbankpräsident Dr. Schacht angeblich in England Kredite nachgesucht habe. Diese Meldungen sind, wie alle früheren, glatte Erfindungen und völlig unbegründet.

Der drohende Bergarbeiterstreik vor dem englischen Parlament

London, 12. Dezember. In beiden Häusern des Parlaments fand am Mittwoch eine Aussprache über den drohenden Bergarbeiterstreik statt, in der es zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Arbeitervertretern und einigen sich für die Belange der Bergwerksbesitzer einsetzenden konservativen Abgeordneten kam. Im Unterhaus brachte das Oppositionsmitglied Watkins einen Antrag ein, in dem das Unterhaus zu der Erklärung aufgefordert wurde, „daß die englischen Bergarbeiter zu ihrer Forderung nach einer sofortigen allgemeinen Lohn-erhöhung berechtigt seien“. Der Antrag wurde mit einer knappen Mehrheit, nämlich mit 179 gegen 157 Stimmen, abgelehnt.

Im Oberhaus richtete der Lordziegelbewahrer Lord Londonderry, selbst großer Bergwerksbesitzer, eine Mahnung an die Kohlenverbraucher und die Kohlenhändler, sich für die Erzielung eines angemessenen Lohnes für die Bergarbeiter, zu dem diese berechtigt seien, einzusetzen.

Aus amtlichen Bekanntmachungen

Auflagen von Wasserleitungen

Eingeführte Wasserleitungen sollen mit Öllampen wegen deren Feuergefahrlichkeit nur von Sachverständigen aufgetaut werden. Öllampen dürfen insbesondere nicht in Räumen verwendet werden, in denen Gasen, Stroh und andere leicht brennbare oder besonders feuergefährliche Stoffe lagern oder in denen brennbare Gase oder Dämpfe entstehen oder leicht entzündliche Körper sich in staubähnlichem oder feinstem Zustand in dichten Mengen mit der Luft vermischen.

Die Bürgermeister werden beauftragt, diese Warnung an der Rathausstafel anzuschlagen.

Ragold, den 10. Dezember 1935.

Oberamt: gez. Dr. Lauffer, A.B.

Inventoryverkauf 1936

Auf Grund einer Anordnung des Reichswirtschaftsministers vom 8. November 1935 dürfen in den Inventurverkäufen des Jahres 1936 die nachstehenden Textilwaren nicht zum Verkauf gestellt werden: Glatte weiße Wäsche jeder Art einschließlich Hosen, Handtücher, Küchenhandtücher, Frotteehandtücher, Frotteebadefalten, Glatte, ungarbte Bettwäsche, Bettjackets und Bettjackets. Im übrigen wird auf die oben-angeführte Bekanntmachung vom 24. Juni 1935 hingewiesen.

Ragold, den 11. Dezember 1935.

Oberamt: gez. Dr. Lauffer, A.B.

Altensteig-Stadt

Die Steuerpflichtigen werden aufgefordert, ihre

Steuerbüchlein

noch im Laufe dieser Woche bei der Stadtpflege abzugeben und womöglich damit eine Zahlung zu verbinden.

Den 10. Dez. 1935.

Bürgermeister.

Cigarren

Cigaretten

Tabak



in allen Packungen und Preislagen empfohlen

Lorenz Luz Jr.

Inh. Eug. Beck
Altensteig

Wiederverkäufer zu Fabrikpreisen.

Empfehle mein reichhaltiges Lager in

Pianos — Mannborg — Pianochord — Harmonium
Violinen von RM. 12.- bis 180.- — Violas — Cellos
Konzert- (v. RM. 18.-) u. Akkordzithern (v. RM. 13.- an)
Gitarren und Lauten — Mandolinen — Schal- und
Blockflöten — Trommeln samt Zubehör — Akkordeons
Clubmodelle, Hohner — Noten, Eithis, Saiten usw.

Musikhaus Luise Frau

Freudenstadt — Marktplatz 43/1

Unterricht in Zither und Gitarre erteilt billigst
Lina Philipp, Freudenstadt — Hohenriederstraße 8
Stimmen und Reparaturen sorgfältigst.

Ein Blick

in unsere Schaufenster

zeigt Ihnen, mit welcher reizenden Geschenken Sie Ihre Lieben erfreuen können!
Sie finden eine große Auswahl Bücher, Jugendschriften und Bilderbücher, aber auch Bilder, Musikalien, Schreibwaren etc. etc.

Buchhandlung Lauh

England baut eine neue Zerstörerflotte

London, 11. Dezember. Der parlamentarische Finanzsekretär der Admiralität Lord Stanley teilte am Mittwochmittag im Unterhaus mit, daß die Regierung noch in diesem Finanzjahr eine neue bisher nicht vorgelegene Zerstörerflotte von 7 Schiffen in Auftrag geben werde. Zu diesem Zweck werde ein Zuschlaghaushalt eingebracht werden, der außerdem noch Maßnahmen für den Bau mehrerer kleinerer Schiffe enthalten werde.

Zu der Mitteilung Lord Stanleys ist zu bemerken, daß das Flottenbauprogramm 1935 bereits den Bau einer Zerstörerflotte von 9 Schiffen vorsieht, die im Oktober in Auftrag gegeben wurden. Insgesamt baut England im Laufe des Finanzjahres 16 neue Zerstörer. Sie sollen zum Teil dazu dienen, mehrere während des Weltkrieges gebaute Zerstörer zu ersetzen.

Christbaum wieder zugelassen

Rom, 12. Dezember. Der Verbandssekretär der faschistischen Partei hat verfügt, daß in der Provinz Vojen der Christbaum gestattet bleibt.

Gegenoffensive Abessinien?

Addis Abeba, 11. Dezember. Die abessinische Hauptstadt ist heute von Gerüchten erfüllt, denen zufolge die seit langem erwartete große abessinische Gegenoffensive an der Nordfront bereits im Gange sei. Die Gerüchte werden von Mund zu Mund weiterverbreitet, obwohl die Behörden erklären, sie würden durch die ihnen vorliegenden offiziellen Nachrichten nicht bestätigt. Diese Gerüchte verdienen um so mehr Zweifel, als Addis Abeba heute durch einen falschen Fliegeralarm in aller Frühe aufgeschreckt, sich in einem turbulenten Zustande befindet.

Soeben erschien:

DAS JAHR IM BILD

ein Jahrbuch der „Berliner Illustrierten“!
Es ist ein wertvolles Zeitdokument, denn hier läuft auf 400 Bildern ein Jahr nochmals an uns vorüber, das von größter Bedeutung für Deutschland und jeden Deutschen war. Das Jahrbuch zeigt das Geschehen in Deutschland und der Welt, Ereignisse fern und nah, Fortschritte der Technik und viel Amüsantes von Mode und Sport, Theater und Film. 100 Seiten Umfang, 400 Bilder, von denen die „Berliner Illustrierte“ selbst bisher nur ganz vereinzelt veröffentlicht hat; kartoniert in buntem Umschlag für
zu haben bei:

Buchhandlung Lauh, Altensteig

Als billige Weihnachtsgeschenke

empfehle ich:

Kaffeeservice m. Goldrand

15 tlg. von Mk. 5.— an

Speiseservice versch. Dekor

Teller echt feston m. Goldr.

12 u. flach -45, Dessert -30

Kaffeetassen echt farbig

von -25 an

Kaffeetassen echt m. Goldr.

von -35 an

Mokattassen echt m. Goldr.

—60

Gedecke 3 teilig, farbig -60

Kakaokannen echt 1.50

Teekannen weiß von -75 an

Fleischplatten, Sauciere

Salatiers echt wß. u. m. Gold

Schüsseleinsatz echt weiß

feston 5 tlg. 1.70

Weinservice gemalt 3.50

„geschliffen 5.40

Likörservice von 3.60 an

Bierservice

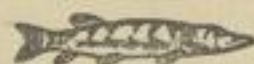
Wein-, Likör-, u. Biergläser

Steingut, Tassen, Teller

Schüsseleinsätze

**Fritz Flaig
Altensteig**

Frisch eingetroffen:



Rablan o. Kopf 1 Pfd. 40.-

Schellfisch o. R. 1 Pfd. 45.-

Tablauflet, entgrätet

Lachsgeringe geräuchert

bei Chr. Burghard jr.

Altensteig

„Peritrix-“

Taschenlampen

Batterien

Scheinwerfer

gebe ich räumungs-

halber billig ab

Franz Müller

Flaschnerei und Inst.

b. Postamt.

Für Weihnachten!

Krippen

Weihnachts-Ginwelpapier

„Gerblätten

„Zeller

„Beutel

„Bündchen

„Anhänger

„Karten

empfiehlt die

Buchhandlung Lauh



Bekanntmachungen der NSDAP.

Partei-Organisation

Kreisapelle

Heute abend punkt 8 Uhr Gewerbeschule in Jivil. Sämtliche Parteimitglieder und Parteimitglieder.

Partei-Amt mit betreuten Organisationen

NS-Frauenhilfe

Beim morgigen Pflichtenabend, 8.15 Uhr „Grünen Baum“, spricht Frä. Aldinger-Stuttgart. Gäste sind herzlich eingeladen und können eingeführt werden.

Sektor

Alpirsbach: Agnes Würz geb. Altmann, 29 J. a., Gattin des Dr. Hans Würz.

Wetter für Freitag

Das leichte Frostwetter hält an. Die starke Bewölkung der letzten Tage weicht teilweise einer Aufklärung unter dem Einfluß des östlichen Hochdruckgebiets. Leichte Niederschläge sind auch für Freitag möglich.

Druck und Verlag: W. Kiefer'sche Buchdruckerei in Altensteig. Hauptschriftl.: Ludwig Lauf. Anzeigenl.: Gustav Wöhlisch, alle in Altensteig. D.-A. XI. 35: 2140. Zt. Preisliste 3 gültig.

Einladung

zum Besuch des Lichtbildervortrags

„Der Holzbau — die germanische Bauweise“

von Baurat Prof. Dr. Fritz Schuster, Stuttgart

am Samstag, 14. Dezember, um 20 Uhr im

Gasthof zur „Traube“.

Eintritt frei.

Gäste willkommen.

Bund für Heimatpflege

NS-Kulturgemeinde

Schwarzwaldverein

NS-Frauenhilfe.

Morgen Freitag abend, 8.15 Uhr hält die NS-Frauenhilfe einen offenen

Pflichtenabend

im „Grünen Baum“, Aldinger-Fr. Aldinger, Stuttgart.

Alle deutschen Frauen sind dazu herzlich eingeladen.

Elektr. Heißwasserspeicher

wie neu, ganz wenig gebr., 100 Ltr. fassend, preiswert zu verkaufen, sowie großen, tadellos erhaltenen

Herd wie geputzt mit eingebauten Heizschlangen für größeren Haushalt oder Wirtschaftsbetrieb bestens geeignet.

Gefl. Angebote unter R. M. an die Geschäftsstelle d. Bl.

Achtung!

Empfehle mich zur Ausführung von

Neu- und Umwickeln von Dreh- und Gleichstrom-Motoren

und allen vorkommenden Reparaturen an Elektromotoren durch mein fachmännisches Personal bei billigster Berechnung.

Ankauf. Verkauf. Tausch.

Karl Seeger, Elektromotorenreparaturwerk

Rohrdorf.

Für die Sonntagsnummer

bestimmte Inserate bitten wir uns frühzeitig aufzugeben.



Wohnhaus
mit Scheuer

sowie großer Baum- und Gemüsegarten in Bernau zu verkaufen.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

Eine gute

Fluß- und Schaffel zu verkaufen

Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.



Es ist bestimmt ein Vorteil

wenn die Hausfrau sofort nach dem Einwaschen bloßen kann. Regina-Hartglanzwachs hat auch noch andere Vorzüge: erfrischender Tannengeruch. Daher beim nächsten Einkauf nur noch

REGINA HARTGLANZWACHS

Für farbige Böden REGINA-BEIZE
Zu haben in Altensteig: Löwen-Drogerie O. Hiller; Bernau: J. Großhans.